

# **Wenn Bürger entscheiden - sieben Gründe warum Bürgerstiftungen, der richtige Ort für mehr Beteiligung sind**

Irene Armbruster

*Will der Mensch die Welt, wie sie „wirklich“ ist, sehen und erfahren, so kann er es nur, indem er sie als etwas versteht, was Vielen gemeinsam ist, zwischen ihnen liegt, sie trennt und verbindet, sich jedem anders zeigt und daher nur in dem Maße verständlich wird, als Viele miteinander über sie reden und ihre Meinungen, ihre Perspektiven miteinander und gegeneinander austauschen.*  
(Hannah Arendt)

In Braunschweig und Stuttgart, in Lüchow und Leipzig stellen Bürgerinnen und Bürger im Sommer mitten in der Stadt Bänke und Tische auf. Sie packen ihren Picknickkorb voll und bringen ihre Nachbarn und Freunde mit, um gemeinsam zu frühstücken. Diese Bürgerfrühstücke finden in immer mehr Orten, großen wie kleinen, Nachahmer. Die Tische sind kreativ gedeckt. Musiker und Kleinkünstler begleiten das Treiben und eine Gebühr für jeden Tisch fließt an die Bürgerstiftungen als Spende zurück. Das gemeinsame Frühstück ist deshalb ein so großer Erfolg, weil sich hier ganz unterschiedliche Menschen begegnen: alt und jung, Familien und Betriebsausflügler, Vorlesepaten und Migrantenvereine, Menschen mit und ohne Arbeit. Ihre Verbindung ist das gemeinsame Erlebnis Frühstück als Bürgerinnen und Bürger einer Gemeinde oder Stadt.

Diese Frühstücke sind in erster Linie Events, aber sie sind der Ausdruck einer Entwicklung, die in vielen Stadtgesellschaften zu erkennen ist. Bürgerinnen und Bürger einer Stadt, einer Kommune suchen Verbindendes. Sie gestalten gemeinsam ihren Lebensraum und sie tun das mit Fantasie und Elan. Frühstücken auf Plätzen ist kein Protest und keine politische Demonstration, aber es ist ein Zeichen, dass sich Bürger den öffentlichen Raum wiedererobern – und zwar dezidiert ohne kommerzielle Motivation.

## **Vom Frühstück zum Bahnhof**

Dieser gemeinsame Geist zeigt sich in vielen Initiativen und Gruppen, in kreativen Aktionen und überraschenden Protest: Bürgerinnen und Bürger engagieren sich mehr denn je und sie suchen Wege und Anknüpfungspunkte, wo sie sich beteiligen können. Dabei wollen sie immer weniger die Ausputzer für einen bröckelnden Sozialstaat sein, sondern sie verstehen sich als Bürger, die im Sinne der griechischen Politiktradition herrschen und gestalten wollen. Sie fühlen sich von den Mandatsträgern und den etablierten Parteien nicht mehr ausreichend vertreten und suchen nach alternativen Formen: im Netz, in neuen Initiativen und wenn es sein muss auch auf der Straße.

Der Widerstand gegen das Bahnprojek Stuttgart 21 wurde von vielen Experten als ein Stellvertreter-Protest interpretiert: Eine ohnehin verunsicherte Mittelschicht, die von Globalisierungsängsten umgetrieben um ihr gutsituiertes Leben fürchtet, findet in einem Großprojek eine Art Blitzableiter. Das ist aber nur die verkürzte Betrachtung auf eine Situation, die gerade viele engagierte Bürgerinnen und Bürger jeden Tag erleben: Die Ressourcen der kommunalen Haushalte werden immer kleiner, Mittel für soziale und kulturelle Belange sind umkämpft und kleine Projekte, die keine parteipolitische Lobby genießen, haben immer weniger Chancen, an öffentliche Mittel zu gelangen. Diese Erfahrung wird noch verstärkt durch die Erlebnisse in ihrem täglichen Engagement für Kinder, Alter und Kranke: die Herausforderungen an Schulen werden größer, die Probleme des demographischen Wandels sind spürbar, das Gesundheitssystem lässt immer mehr – vor allem chronisch kranke Menschen – unversorgt zurück.

Vor diesem Hintergrund zeichnen sich zwei Entwicklungen ab, die in ihrer Lebendigkeit echte Reformkraft besitzen.

### **Gestellte Grundsatzfragen und die Weisheit der Gruppe**

Immer mehr Bürgerinnen und Bürger stellen sich die grundsätzlichen Fragen: Wie wollen wir leben in unserer Stadt, in unserem Viertel? Was ist uns wichtig? Für was wollen wir Geld ausgeben? Was wollen wir fördern? Wie wollen wir uns engagieren? Sie möchten diese Fragen stellen und sie gemeinsam beantworten, **bevor** von den Planungsbehörden Zukunftsprojekte ausgedacht und durch die klassischen Instanzen entschieden werden. Natürlich bergen diese Grundsatzfragen Überraschungen in sich und mit ihnen muss die Politik umgehen. Aber nur diese Antworten auf die Grundsatzfragen des Miteinanders können der Ausgangspunkt für Veränderung sein. Wer so beteiligt wurde, kann ein aktiver Teil von Veränderung sein. Bürgerinnen und Bürger haben bei einem solchen Verfahren einen Beteiligungsprozess durchgesetzt. Sie haben erreicht, dass grundsätzlich und offen diskutiert wird. Das ist eine andere Haltung, als wenn Bürgerinnen und Bürger zu einem fertigen Projekt noch Stellung beziehen dürfen und ihnen ein vorher definiertes Mitspracherecht gewährt wird.

Die zweite Entwicklung zeugt vom größeren Selbstbewusstsein von Bürgerinnen und Bürgern und von der Erkenntnis, dass es so etwas wie die Weisheit der Gruppe gibt. Expertenwissen reicht nicht aus oder ist durch die politische Handhabung von Gutachten und Gegengutachten diskreditiert. Es braucht für die komplexen Zukunftsfragen viele Menschen, die Ideen liefern. Viele engagierte

Mitdenkerinnen und Mitdenker sind ein Schatz - und keine Bürde. Vorausgesetzt, diese Prozesse sind professionell moderiert, der Entscheidungsrahmen ist klar und Ressourcen sind vorhanden, diese Ideen umzusetzen. Ansonsten fühlen sich Bürgerinnen und Bürger in ihrem Engagement ausgenutzt und nicht ernst genommen. In vielen Unternehmen ist es inzwischen die zentrale Managementaufgabe den Gedankenreichtum von heterogenen Teams zu nutzen. Nur im kommunalen Bereich glaubt man immer noch, die Kompetenz des Bürgermeisters und des Gemeinderates reichen aus.

Wenn also mehr Bürgerinnen und Bürger Verantwortung übernehmen wollen – unabhängig von ihrem Alter, ihrer Herkunft und ihrer Bildung – braucht es Methoden und Orte, wo Partizipation umgesetzt wird. Jeden Tag, zu allen Themen, die Menschen vor Ort bewegen und die nicht von vorne herein durch gesetzliche Regelungen ausgeschlossen sind. Das ist eine Mammutaufgabe, die nur Schritt für Schritt gelöst werden kann. Auf der Suche nach Trägern für diese neue Beteiligungskultur bietet sich – neben anderen Institutionen und Initiativen – die Bürgerstiftung an. Sie ist eine kommunale Kraft vor Ort, die sich selbst gerade entwickelt und so die Anforderungen einer solchen neuen Bewegung aufnehmen kann.

In diesem Aufsatz werden sieben Gründe genannt, warum Bürgerstiftungen dafür prädestiniert sind, eine Plattform für verschiedene Formen von Beteiligung zu werden. Sie sind mit Beispielen aus dem Stuttgarter Umfeld belegt, weil die Autorin sie aus eigener, auch praktischer Anschauung kennt. Es gibt viele andere Beispiele, die zu sich dokumentieren lohnen würde.

### **1. Bürgerstiftungen sind neutral**

Vor mehr als 15 Jahren begannen sich nach dem Vorbild der nordamerikanischen Community Foundations die ersten deutschen Bürgerstiftungen zu gründen, beeinflusst und ausgestattet mit dem Know-how der großer Stiftungen. Was in Gütersloh, Braunschweig und Fürstfeldbruck begann, hat sich inzwischen in 225 Städten und Kommunen etabliert. Bürgerinnen und Bürger stiften Geld, um ein Kapital aufzubauen, aus dessen Erträgen Projekte und Aktionen finanziert werden. Erlöse aus Spendenaktionen erweitern die Handlungsoptionen. Viele Bürgerstiftungen bieten aber auch Strukturen für bürgerschaftliches Engagement. Sie betreiben Freiwilligenagenturen oder haben Ehrenamtliche in ihren Reihen, die Projekte entwickeln, umsetzen und begleiten.

Auch wenn die Idee der Bürgerstiftungen oft aus dem Rathaus oder aus der Chefetage der örtlichen Bank kam und kommt: Wer als Bürgerstiftung ein anerkanntes Gütesiegel bekommen will, muss unabhängig von Politik und Geld sein. Mit den zehn Merkmalen des Initiativkreises Bürgerstiftung

– einem Zusammenschluss von Bürgerstiftungen auf Bundesebene, angesiedelt beim Bundesverband deutscher Stiftungen – verpflichten sich Bürgerstiftungen unabhängig zu sein, transparent zu agieren und ihre eigenen Strukturen partizipativ anzulegen.

Das ist ein hoher Anspruch, zumal mancher Bürgermeister oder Gemeinderat die Erträge der Bürgerstiftungen gerne als eine Art Schattenhaushalte nutzen würde. Inzwischen ist das Kapital der deutschen Bürgerstiftungen auf rund 25 Millionen Euro angestiegen. Damit werden Bürgerstiftungen, erst recht wenn sie sich als erfolgreiche Spendensammler positionieren, zu einem wichtigen Akteur in der Kommune. Das Geld ist aber nicht die Hauptstärke der Bürgerstiftungen, sondern ihre Neutralität. Bürgerstiftungen sind nicht von Banken und Unternehmen abhängig, sie stehen keiner Partei nahe und die Stadtverwaltung hat keinen direkten Zugriff auf sie. Positiv gesprochen sind aber oft alle diese Akteure in der Bürgerstiftung aktiv: Der Bürgermeister ist der Schirmherr, Unternehmen stiften und spenden, Politiker im Ruhestand arbeiten mit – aber nur als einer unter vielen. Inzwischen sind die Bürgerstiftungen durch ihre bürgerschaftlich Engagierten und den engen Kontakten mit ihren Projekten in der Stadt gut vernetzt. Viele Bürgerstiftungen haben es zudem geschafft, eine zweite Generation Stifter zu gewinnen: Menschen zwischen 35 und 45 Jahren, die genau wie die Gründungsgeneration, der Stadt, in der sie gut und gerne leben, etwas zurück geben wollen.

Damit haben sich Bürgerstiftungen vor Ort einen guten Ruf aufgebaut: Sie helfen und unterstützen praktisch und unbürokratisch, sie haben ein großes Wissen in den Feldern, in denen sie sich engagieren und es gelingt ihnen immer besser, wirklich alle Bürgerinnen und Bürger mit ihren Anliegen zu beteiligen. Bearbeitet kann werden, was in der Kommune notwendig ist: Diese offene Ausrichtung in den meisten Satzungen der Bürgerstiftungen schützt sie vor einer inhaltlichen Verengung und genau die ist notwendig für die Neutralität.

Neutralität ist eine Haltung: Um sie als operative Strategie einzusetzen, bedarf es einer Grundsatzentscheidung der ganzen Stiftung. Dann kann die Bürgerstiftung eine neutrale Plattform bilden, auf der die unterschiedlichsten Akteure der Stadtgesellschaft die anstehenden Fragen angehen können.

Ein Beispiel aus Stuttgart soll dies verdeutlichen: Die Bürgerstiftung Stuttgart verwaltet eine Treuhandstiftung zum Thema „Älter werden in Stuttgart“. Am Anfang unterstützte diese Treuhandstiftung einzelne Projekte im Bereich Altenpflege und intergenerative Angebote. In einer Stadt wie Stuttgart ist das eine punktuelle Unterstützung, die zwar nützlich, aber wenig nachhaltig

ist. Dann wurde das Thema Palliativ akut und in einem einjährigen Prozess wurde deutlich, was nicht nur bei diesem Thema in der Stadt fehlte: Eine neutrale Instanz, die katholische und protestantische Hospize dazu bringt, über Inhalte miteinander zu sprechen, die Ehren- und Hauptamtliche an einen Tisch bringt und die dafür sorgt, dass Ärzte und Pflegepersonal sich gemeinsam beraten – zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger. Eine Instanz also, die Konkurrenz nicht duldet, Hierarchien nicht beachtet und bei Gesprächen auf Augenhöhe drängt. Eigentlich sollte dieser erste Runde Tisch, diese erste Erfahrung als Plattform dazu dienen, gemeinsam herauszubekommen, welches Projekt zum Thema Palliativ in der Stadt fehlt. Am Ende stellte sich heraus, dass Stuttgart mit seinen sehr vielen Angeboten sehr gut versorgt ist, aber dass ein gut gemanagtes Netzwerk fehlt, das den Bürger im Blick hat. Mit den Mitteln der Treuhandstiftung wurde der Aufbau eines professionellen, neutralen Netzwerkes finanziert. Seitdem – so haben es die Evaluierungen der ersten beiden Jahren ergeben - ist viel passiert. Die Kommunikation aller Akteure untereinander läuft reibungsloser, das Angebot für den Bürger ist besser zu überblicken und nicht wenige der 120 Mitglieder des Netzwerkes melden zurück, dass sich ihre Arbeit durch das Wissen des Netzwerkes verbessert hat, weil man voneinander lernt. Das wäre nicht möglich gewesen, wenn die Bürgerstiftung als Träger des Netzwerkes nicht neutral und ohne Ambitionen als Anbieter gewesen wäre.

## **2. Bürgerstiftungen kennen die Player vor Ort**

Beim ersten Bürgerfrühstück der Bürgerstiftung Stuttgart saßen die Vorlesepaten neben der Belegschaft eines des größten Verlagshauses Tisch an Tisch. Die Fraktionen fast aller Parteien hatten einen Tisch bestellt, ebenso die Gründungstifter, die Jungen Stifter und die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer einer Bank, die sich entschlossen hatten, die Bänke und Tische aufzuschlagen. Zwischendurch probierte der Chor der Bäckerinnung und eines Stadtteiles einen Flash Mob und den am allerschönsten und ausführlich bewunderten Tisch hatten die Frauen von einem selbstverwalteten, vor allem von Migrantinnen besuchten Mütterzentrum gedeckt.

Diese Vielfalt herzustellen, gelingt nicht vielen Organisationen. Die Bürgerstiftungen haben es in den letzten Jahren geschafft, Brücken zu bauen. Brücken zwischen Menschen mit und Menschen ohne Geld. Brücken zwischen Unternehmen und dem sozialen Sektor. Brücken zwischen alteingesessenen Bürgern und Neubürgern. Brücken zwischen den Generationen. Dazu kommt, dass sich in den Bürgerstiftungen sehr oft Menschen engagieren, die aus ihrem Berufsleben mannigfaltige Netzwerke haben und sie für die Bürgerstiftung einsetzen: der pensionierte Bankdirektor genauso wie die aktuelle Vorsitzende des Elternbeirates der größten Schule oder der Personalchef eines ortsansässigen Unternehmens. Diese Kenntnis von einer Stadt macht die

Bürgerstiftung zum optimalen Anbieter einer neutralen Plattform. Wie immer das geforderte Thema heißt: Mit Recherche und der Nutzung der vorhandenen Netzwerken können Menschen für Beteiligungsprozesse gewonnen werden – und zwar aus allen Bereichen.

Das ist auch deshalb möglich, weil die Bürgerstiftungen inzwischen im Rathaus aber auch im Jugend- oder Frauenhaus und bei den Unternehmen als kompetente und zuverlässige Partner bekannt sind. Das schafft das nötige Vertrauen, ohne das sich niemand auf offene Prozesse einlässt.

### **3. Die Bürgerstiftungen brauchen ein klares Profil**

Sowohl in der Bibel als auch im Kontext von Organisationsberatung sind sieben Jahren ein Abschnitt im Leben, der Veränderungen nach sich ziehen sollte. Viele Bürgerstiftungen in Deutschland haben in den ersten sieben Jahren ihres Bestehens unglaublich viel erreicht: Kapital angesammelt, Stifter gewonnen, Projekte unterstützt, Themen gesetzt und ihre Städte so voran gebracht. Dennoch kämpfen viele Bürgerstiftungen hart um ihr Wachstum. Das hat viele Gründe, von denen hier nur einige kurz angerissen werden können. Der Non-Profit-Bereich und die sozialen Träger sind in Deutschland sehr gut aufgestellt und haben sich meist gut positioniert. Die Bürgerstiftungen müssen in diesem Geflecht erst ihren Platz finden. Wenn sie eigene Projekte entwickeln, geraten sie in Konkurrenz, unterstützen sie dagegen bereits vorhandene Träger werden sie nicht genug sichtbar. Ohne öffentliche Sichtbarkeit, wird das Fundraising schwierig. Das breite Aufgabenfeld der Bürgerstiftung macht es zwar möglich, auf alle Themen einer Stadtgesellschaft zu reagieren, es erschwert aber die dringend notwendige Profilbildung. Jahrelang galt es als ein gutes Rezept, um bekannt zu werden, ein sogenanntes Leuchtturmprojekt zu generieren. Viele Bürgerstiftungen haben aber die Erfahrung gemacht, dass diese Festlegung auf ein Thema oder eine Aktion ihren Aktionsradius hemmt.

Auf der anderen Seite, werden Bürgerstiftungen inzwischen für alle Notfälle in der Stadt angesprochen: für die Begrünung der Verkehrsinsel genauso wie für das Problem des Übergangs von Schule zum Beruf. Wie soll man da mit seinen begrenzten Mitteln entscheiden? Was können Entscheidungskriterien sein? Und warum unterstütze ich das Projekt A in einem Stadtteil und im anderen nicht? Diese schwierigen Fragen bringen viele Bürgerstiftungen dazu, verstärkt über ihr Profil nachzudenken. Was können wir realistischer Weise schaffen? Und wie geben wir unsere Mittel sinnvoll und nachhaltig aus? Wie schaffen wir es, dass nicht nur für den Moment geholfen wird, sondern sich Dinge wirklich verändern?

Dabei wird klar, dass Bürgerstiftungen mithelfen müssen, Hilfe und Unterstützung breiter und erfolgreicher zu organisieren, und das bedeutet in sehr vielen Fällen: Alle Beteiligten auf gemeinsame Lösungen einzuschwören und nur dieses Ergebnis finanziell zu fördern. Dabei verschiebt sich die strategische Aufgabe der Bürgerstiftungen. Ihr Profil sind plötzlich nicht mehr die Inhalte, sondern die Art und Weise, wie sie an Themen herangehen. Bürgerstiftungen müssen sich dadurch auszeichnen, dass sie zu einem Thema alle Akteure an einen Tisch bringen, um gemeinsam nachhaltige und von allen akzeptierte Projekte zu schaffen. Diese Haltung ist das zukünftige Profil von Bürgerstiftungen. So hat es die Bürgerstiftung Sindelfingen gemacht, bevor sie sich dem Thema Gewalt an Schulen zuwandte, so arbeitete die Bürgerstiftung Oberndorf, als sie wollte, dass Kinder schulübergreifend zusammen lernen. Es ist ein Profil, das sonst niemand in der Stadt hat, es ist ein echtes Alleinstellungsmerkmal.

#### **4. Viele Fragestellungen in der Kommune müssen gemeinsam gelöst werden**

Wenn Menschen unter die Armutsgrenze rutschen, staatliche Leistungen erhalten, können sie sich Konzert-, Museums- oder Theaterbesuche nicht mehr leisten. Die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben umfasst aber auch die Teilhabe an Kultur: Kunst- und Kulturveranstaltungen sind Orte und Anlässe, bei denen sich alle Bürger treffen. Nicht teilnehmen zu können, grenzt aus.

Dieser Umstand trieb eine Spenderin um, die schon ihr ganzes Leben regelmäßig ins Konzert geht. Sie trat an die Bürgerstiftung Stuttgart mit dem Wunsch heran, ein Projekt unterstützen zu wollen, dass Menschen mit wenig Geld erlaubt, gratis Kulturveranstaltungen zu genießen. Dieses Projekt gab es in Stuttgart noch nicht und die Aufgabe schien komplex, weil zuerst ein regelrechter Bürokratie-Dschungel drohte: Um verwaarloste Kinder kümmert sich das Jugendamt, um arme Erwachsene das Sozialamt, um Kunst die Theater, Museen und Konzertveranstalter. Aber wer ist nun zuständig, wenn arme Erwachsene und Kinder ab und an ein Ballett sehen wollen? Für solche schwierigen Querschnittsaufgaben ist erst einmal niemand verantwortlich. Das Sozialamt weiß nicht, wie es an die Kultureinrichtungen heran kommen kann, die Kulturschaffenden befürchten, dass sich nicht alle Institutionen bereit finden mitzumachen - und die Stifterin muss sich von ihren Freundinnen sagen lassen: Spinnst du? Wie willst du rauskriegen, wer wirklich bedürftig ist? Und was passiert, wenn die Armen das Konzert stören?

Vor diesem Hintergrund hat die Bürgerstiftung Stuttgart die Beteiligungsmethode eines Runden Tisches eingeführt. Nach intensiver Recherche wurden Kulturschaffende, das Sozialamt, das Kulturamt, die Arbeitsagentur, Sozialträger und Selbsthilfegruppen zusammengerufen und gemeinsam entwickelten diese in neun Monaten ein funktionierendes Modell. Die

Kultureinrichtungen sagen sicher zu, zwei Karten für jede ihrer Vorstellungen zur Verfügung zu stellen, das Sozialamt hilft bei der Ermittlung der Menschen, die in den Genuss der Aktion kommen sollen, die Spenderin gibt Geld, damit ein Verein begründet werden kann, der weitere Kultureinrichtungen wirbt und für die Freikarten in den richtigen Zielgruppen wirbt.

Das Beispiel von „Kultur für alle“ zeigt, dass viele Probleme in der heutigen Gesellschaft nicht mehr von einer Behörde oder von einem Sozialträger alleine gelöst werden können. Kooperationen ganz unterschiedlicher Partner sind notwendig. Mehr als bisher müssen Verwaltung, Sozialträger, Unternehmen und engagierte Bürgerinnen und Bürger auf Augenhöhe miteinander arbeiten. Und es müssen Akteure zur Zusammenarbeit eingeladen werden, an die im ersten Moment niemand denkt: Künstler, ältere Menschen, Kinder, Menschen mit Behinderung sowie Menschen mit ungewöhnlichen Biografien oder aus anderen Kulturkreisen. Für die komplexen Probleme, die anstehen, werden alle vorhandenen Ressourcen benötigt. Aber auch hier gilt, ohne einen Gastgeber, einen Kümmerer, einen Moderator, der alle zusammenbringt und eine kreative Arbeits-Atmosphäre schafft, geht es nicht.

## **5. Bürger engagieren sich nur, wenn sie gestalten können**

Wenn Bürgerinnen und Bürger in den letzten Jahren zur Beteiligung aufgerufen wurden, dann um sich ehrenamtlich in verschiedenen sozialen Bereichen zu engagieren: Hausaufgabenhilfe, Flüchtlingsbetreuung, Sitzwachen im Hospiz, Besuchsdienste im Altenheim, Fahrdienste im Sportverein oder Kassenwart beim Freundeskreis. All diese Aufgabe werden von sehr vielen Bürgerinnen und Bürgern übernommen, aber es werden weniger, die sich bereit erklären, in den klassischen Strukturen zu wirken. Es gibt zahlreiche Studien, die belegen, dass es zum einen an den immer flexibler werdenden Arbeitsbedingungen liegt, wenn Ehrenamtliche nicht mehr regelmäßig Zeit für ihr Engagement finden. Zum anderen gibt es einen Trend hin zu kürzeren und punktuellen Einsätzen und weg von 30 Jahren Mitgliedschaft und Amtsverantwortung im lieb gewonnen Verein. Beteiligung in der Zivilgesellschaft heißt heute: Den Raum selbst gestalten, in dem ich mich engagieren will.

Beispiele dafür gibt es viele: Wenn ich mich im Altenheim engagiere, möchte ich, dass meine Vorschläge zur Verbesserung der Pflege ernstgenommen werden. Wenn ich mich in meinem Stadtteil für ältere Menschen engagiere, verlange ich, dass ich gefragt werde, wenn es städteplanerische Ideen zur Altenfreundlichkeit gibt. Wenn ich mich in der Schule meiner Kinder engagiere, fordere ich von der Leitung der Schule, dass ich bei Leitbilddiskussionen mitwirken kann. Wenn ich aufgerufen bin zum Energiesparen, möchte ich mitreden, wenn meine Kommune



sich entscheidet den Energieanbieter zu wechseln. Ich möchte nicht erst in vier Jahren bei der nächsten Wahl den Volksvertretern signalisieren, ob ich die damalige Entscheidung für richtig oder falsch gehalten habe.

Für das eigene Engagement bedeutet das: Immer weniger Ehrenamtliche halten Strukturen und Zuständigkeiten aus, die sie für nicht der Sache dienend halten. Sie werden ihr Engagement an diesem Ort beenden. Im besten Fall suchen sie sich ein neues Betätigungsfeld, im für die Gesellschaft schlechtesten Fall, stellen sie ihr Engagement ein.

## **6. Beteiligung muss nachhaltig sein – die Bürgerstiftungen gibt es auf ewig**

Ein Argument für ein finanzielles Engagement in der Bürgerstiftung, ist die Investition in die Ewigkeit. Eine Stiftung bleibt bestehen, da nur die Erträge im Stiftungssinne ausgegeben werden. Mit dieser Haltung agieren Bürgerstiftungen auch in ihrer Kommune: Sie wollen verlässliche Partner sein, bei allen Herausforderungen und Veränderungen, die einem Ort drohen können. Bürgerstiftungen agieren unabhängig von der parteipolitischen Couleur des Stadtoberhauptes, von politischen Mehrheitsverhältnissen oder Zustand des städtischen Haushaltes. Damit sind Bürgerstiftungen die idealen Partner bei der Einführung partizipatorischer Prozesse.

Partizipation bedeutet nicht schnelle Events mit schnellen Ergebnissen, wenn Konflikte auftauchen oder schon entfacht sind. Partizipation, die die Bürgerinnen und Bürger als hilfreiche Errungenschaft für mehr Kommunikation und Gestaltung betrachten, brauchen Zeit, Verbindlichkeit und das Ernstnehmen der Ergebnisse. Bürgerinnen und Bürger wollen, dass sie kontinuierlich zu allen wichtigen Dingen in der Kommune befragt werden und dass es verlässliche Strukturen gibt, die genutzt werden können, wenn neue Fragen auftauchen. Ein einmalig abgeschossenes Feuerwerk mit den verschiedensten Methoden, aber ohne Verbindlichkeit, verschleißt Bürgerengagement und diskreditiert die Beteiligungsidee.

Bürgerstiftungen können die Anwälte für solche Prozesse sein, in dem sie sich bei wichtigen Fragen in der Kommune für Moderationen und Prozessdesign anbieten.

Die Kulturschaffenden der Stadt Stuttgart taten sich nach einer, von ihnen als ungerecht und unsachgemäß, durchgeführten Kürzungsrunde zusammen. Gemeinsam forderten sie vom Gemeinderat der Stadt, einen partizipatorischen Prozess einzuberufen, um gemeinsam mit Bürgern und der Verwaltung der Stadt ein Leitbildes zu entwickeln. Dieses Leitbild sollte die Grundlage bilden für zukünftige Förderentscheidungen des Gemeinderates. Der Gemeinderat und die

zuständige Bürgermeisterin fragte die Bürgerstiftung Stuttgart an, diesen Prozess zu moderieren. Seit mehr als zwei Jahren diskutieren jetzt Künstler und Verwaltungsbeamte, Bürger und Kulturadministration über die Aufgaben von Kultur, den Bildungsauftrag, Zielgruppen, Fragen der Qualität und der besseren Infrastruktur für Künstler, über Förderrichtlinien und Kulturpolitik. In der ersten Phase haben 200 Menschen in sechs Arbeitsgruppen und mehr 30 Sitzungen die Situation analysiert. Jetzt muss weiter diskutiert werden – auch wenn das inhaltliche Ergebnis noch offen ist. Die Bereitschaft, sich auf solche lange Prozesse einzulassen, war groß.

Die Bürgerstiftung Stuttgart hat sich in diesem Zusammenhang nicht nur verpflichtet den Prozess zu moderieren, sondern auch darüber zu wachen, dass die Ergebnisse ernst genommen werden.

## **7. Bürgerstiftungen haben Ressourcen und Kompetenzen**

„Ich habe gerade eine Fragestellung für den Runden Tisch erarbeitet, da stellt sich raus, dass es eigentlich um etwas ganz anderes geht. Und jetzt?“ Die Gruppe sucht nach Antworten, Erfahrungen werden ausgetauscht und eine neue Vorgehensweise ausgemacht. Das ist eine typische Situation in der Ausbildung von Moderatorinnen und Moderatoren für Runde Tische – eine der möglichen Formen der Partizipation. Die Breuninger Stiftung und die Bürgerstiftung Stuttgart bieten diese Kurse an, um möglichst viele Menschen darin zu stärken, Beteiligungsprozesse anzustoßen und sie auch zu leiten.

Bürgerstiftungen sind ein Sammelbecken unterschiedlichster Menschen. Sie alle vereint eine hohe Identifikation mit dem Ort, an dem sie leben und ein großer Veränderungswille. Da sie alle ganz unterschiedliche Berufe, Erfahrungen und Biographien haben, sind sie qualifiziert, in ganz unterschiedlicher Form zu Partizipationsverfahren beizutragen. Durch gezielte Aus- und Weiterbildung in den Bürgerstiftungen werden Zeit-, Geld- oder Ideenstifter zu Moderatoren, Mediatoren oder Kümmerer. Eine solche Weiterbildung ist sicher nicht an zwei Nachmittagen zu erlangen. Die Vermittlung von Moderationstechniken und Prozessdesign erfordert Zeit und Erfahrung. Wichtig ist darüber hinaus, dass potentielle Moderatoren neben der Professionalität auch die Akzeptanz und die Neutralität aufweisen. Natürlich können Bürgerstiftungen immer auch die Unterstützung professioneller Anbieter nutzen – allerdings bleibt hier die Frage der Finanzierung.

### **Ausblick: Beteiligung heißt Veränderung**

Bürgerstiftungen sind die idealen Plattformen, auf denen Partizipationsverfahren geplant und durchgeführt werden können. Bürgerstiftungen müssen sich bewusst dafür entscheiden, ihre Infrastruktur danach auszurichten und sich zu qualifizieren. Damit bekommen sie ein klares Profil –

der größte Schatz, mit dem beim Fundraising gewuchert werden kann.

Für die Politik heißt das, dass sie vor Ort einen Partner bekommt, der Themen und Diskussionen zurück in die öffentliche Diskussion bringt. Damit verändert sich auch die Rolle von Politikern und Verwaltung. Sie müssen verstärkt die Ergebnisse dieser öffentlichen Diskussion wertschätzen, anerkennen und in letzter Konsequenz auch umsetzen. Sie haben die Wahl, sich in diese auf der Plattform geführten Diskussion inhaltlich einzubringen oder selbst in die Rolle des Moderators zu begeben. Sie können damit auf einen großen Schatz von Ideen und Wissen zurückgreifen – sie müssen allerdings Abschied nehmen von dem Selbstbildnis des großen alleinigen Machers. Dieses Engagement wird Veränderungen mit sich bringen und damit das Politikgeschehen in den Kommunen. Das ist etwas, auf das sich die Demokratie freuen kann.